



IHK-Umfrage: Wirtschaftliche Folgen des Corona-Virus

Mittelfränkische Wirtschaft im Krisenmodus

Kurzarbeit und Steuerstundungen besonders wichtig – Steuersenkungen und Nachlegen bei Soforthilfe gefordert

Nürnberg – Die Corona-Krise schlägt in einem nie zuvor gesehenen Ausmaß auf die mittelfränkische Wirtschaft durch: Laut einer Blitzumfrage der IHK Nürnberg für Mittelfranken rechnen über 80 Prozent der Befragten für 2020 mit Umsatzeinbußen – mehr als die Hälfte davon in Höhe von mehr als einem Viertel des Jahresumsatzes. Fast jeder zweite Betrieb steht gerade komplett oder zu großen Teilen still. In der Krise fährt jedes zweite Unternehmen die Investitionen zurück, 40 Prozent planen mit verringerten Beschäftigtenzahlen. An der Blitzumfrage, die vom 24. bis 26. März durchgeführt wurde, nahmen 135 Unternehmer teil, die sich im IHK-Ehrenamt engagieren.

Konkret äußern sich die wirtschaftlichen Folgen des Corona-Virus vor allem dadurch, dass die Nachfrage nach den Produkten und Dienstleistungen der Betriebe stark rückläufig ist und dass bereits erteilte Aufträge storniert werden. Deshalb müssen in dieser Situation die laufenden Kosten wie etwa Steuervorauszahlungen, Gehälter und Sozialversicherungsbeiträge, Mieten oder Kreditzinsen schnell reduziert werden. Denn sonst droht Zahlungsunfähigkeit, falls keine nennenswerten Rücklagen verfügbar sind. Solche Liquiditätsengpässe will die Politik mit ihren derzeitigen Unterstützungsmaßnahmen vermeiden. Die aktuellen staatlichen Hilfen setzen nach Meinung der Befragten grundsätzlich an den richtigen Stellen an: Kurzarbeitergeld halten 83 Prozent für besonders relevant, 71 Prozent begrüßen die Möglichkeit von Steuerstundungen und -herabsetzungen, und eine Mehrheit von 59 Prozent hält auch direkte Zuschüsse wie die Soforthilfe für wichtig.

Erst allmählich rücken weitere Engpässe in den Fokus der mittelfränkischen Unternehmen: Fehlende Arbeitskräfte oder logistische Probleme führen dazu, dass Waren ausbleiben oder Dienstleistungen nicht erbracht werden. Dies führt wiederum zu Produktionsausfällen in der nächsten Stufe der Wertschöpfungskette. Diese Störungen auf der Angebotsseite spielen zwar derzeit noch eine untergeordnete Rolle (8 Prozent der Nennungen), allerdings dürfte sich der Rückgang beim Produktionspotenzial beschleunigen, weil angesichts der Umsatzrückgänge geplante Investitionen gekürzt oder Belegschaften verringert werden.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich der Wunsch der Befragten nach Senkung der Unternehmenssteuern (58 Prozent) oder weitergehenden Möglichkeiten für Steuerstundungen (49 Prozent). Gefordert werden zudem ein Nachlegen bei der Soforthilfe (57 Prozent), weitere Erleichterungen bei der Kurzarbeit (41 Prozent) oder ein allgemeines Konjunkturprogramm (36 Prozent). Vergleichsweise geringere Bedeutung messen die Befragten dagegen finanzwirtschaftlichen Themen wie Förderkrediten, Bürgschaften, Bankkrediten oder Exportkreditversicherungen bei.

„Vor dem Hintergrund dieser besorgniserregenden Ergebnisse wird sich die IHK weiter für alles einsetzen, was den Betrieben einfach, unbürokratisch und schnell Liquidität sichert und ihre Wettbewerbsfähigkeit erhält“, betont IHK-Hauptgeschäftsführer Markus Löttsch. „Unser Motto dabei: Das Geld lieber gar nicht erst abfließen lassen oder – und das ist nur die zweitbeste Lösung – selbiges schnellstens wieder zurück in die Betriebe bringen!“

Ansprechpartner für die Medien:

IHK, Geschäftsbereich Standortpolitik und Unternehmensförderung

Dr. Udo Raab, Tel. 0911 1335-1383, udo.raab@nuernberg.ihk.de

